

**Antrag 70/I/2022****Abt. 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Elterngeld gerecht gestalten**

1 Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, sich bei  
2 der Gesetzgebung hinsichtlich des Elterngeldes dahinge-  
3 hend für eine Reformierung einzusetzen, sodass künftig  
4 von der Summe des Einkommens beider Eltern vor Be-  
5 ginn der Elternzeit (in Familien mit zwei Eltern) nach Zah-  
6 lung des Elterngeldes noch 82,5% (oder ein höherer fest-  
7 gesetzter Anteil) vorhanden ist, sodass es künftig für Fa-  
8 milien keinen finanziellen Unterschied mehr macht, wel-  
9 cher Elternteil in Elternzeit geht. Eine sinnvolle Deckelung  
10 nach oben soll es wie bisher weiterhin geben. Für Famili-  
11 en mit mehr als zwei Elternteilen soll es analog dazu ent-  
12 sprechende Regelungen geben. Die schon bestehenden  
13 Regelungen für Selbständige, Leistungsempfänger\*innen  
14 und Alleinerziehende sowie Mindestgrenzen sollen hier-  
15 von unangetastet bleiben.

16

17 Zur Veranschaulichung:  $(E1 + E2) * 0,825 = E1 + X$ 18  $E1$  = Nettoeinkommen des Elternteils, der weiter arbeitet19  $E2$  = Nettoeinkommen des Elternteils, der in Elternzeit  
20 geht21  $X$  = ausgezahltes Elterngeld

22

23

24 **Begründung**

25 Bislang wurde als Berechnungsgrundlage für das Basis-  
26 elterngeld das Nettoeinkommen des beantragenden El-  
27 ternteils benutzt; hiervon wurden bis zu einer Obergrenze  
28 65% berechnet und als Elterngeld gezahlt. Dies führt da-  
29 zu, dass es sich aller bisherigen Reformen zum Trotz noch  
30 mehr lohnt, wenn in Familien mit zwei Eltern derjenige El-  
31 ternteil Elternzeit beantragt, der zuvor das geringere Net-  
32 toeinkommen hatte. Das führt zu gesellschaftlicher und  
33 beruflicher Ungerechtigkeit insbesondere für Frauen. Wir  
34 Sozialdemokrat\*innen müssen uns dafür einsetzen, dass,  
35 wer in Elternzeit geht, keine finanzielle Frage ist.

**Empfehlung der Antragskommission****Rücküberweisung an Antragsteller:in zur Überarbeitung  
(Konsens)**